

Was macht eine Tätigkeit zum Beruf?

Ein Plädoyer für eine gerechtere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und gegen staatlichen Gender-Dirigismus

Diskussionen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind ein Dauerbrenner, auch wenn sie trotz vehementer Positionsverdeutlichung häufig recht wirkungslos bleiben. Dabei prallen nicht selten politische Programmatiken, Arbeitsmarkt-Interessen, finanzielle Implikationen, Konsum-Ansprüche und lautstark eingebrachte Gender-Mainstream-Ideologien auf einander. Welche Wirkung die zu treffende Entscheidung auf die Erziehungs- und Bildungs-Qualität der Kinder hat, wird dabei entweder ausgeklammert oder viel zu wenig berücksichtigt. Parallel dazu findet - manchmal recht emotional - eine Auseinandersetzung darüber statt, wer denn von den Ehe- oder Lebens-Partnern in welchem Umfang für das finanzielle Einkommen bzw. für das familiäre Auskommen zu sorgen hat

- Da gibt es die lautstark vertretene Richtung: ‚Raus aus dem Haus, nur eine Berufstätigkeit gibt Zufriedenheit und Anerkennung‘.
- Die stillere Variante lautet: Kinder brauchen über den Tag verteilte Beziehungs-Zeit, Berufs-Karriere ist nicht alles, aber die Bedingungen für die Familientätigkeit sind zu massiv verbessern‘.

Immer häufiger gipfelt die Kontroverse in der Entscheidung, meist zum Leidwesen der Kinder, dass Väter und Mütter - selbst schon von Säuglingen - ganztägig einem Job nachgehen. Das Eltern zu oft von einem Einkommen nicht leben können, wirft auch die Frage auf, wie Familien on eine bessere finanzielle Grundausstattung ermöglicht werden kann. Um aus dieser vertrackten Polarisierung herauszukommen, steht neben verbesserten Wiedereinstiegschancen mach Erziehungszeiten und familienfreundlicheren Rahmenbedingungen innerhalb des Erwerbslebens auch eine neue Bewertung innerhäusiger und außerhäusiger Arbeit von Vätern und Müttern an.

Zu Letzterem ist jedoch viel Denkakrobatik notwendig, denn es gilt die bisher nicht geklärte und in politischen Diskussionen gezielt ausgeklammerte Knobelfrage zu beantworten, durch was Arbeit zum Beruf wird?

- Putzen in einer Reinigungskolonie, Haushälterin in der Managervilla, im Hort Kinder erziehen, im Altenheim kranke Menschen pflegen, dies sind eindeutig Berufstätigkeiten.
- Werden im eigenen Haushalt Zimmer gesäubert, schmackhafte Malzeiten aufgetischt, Kinder erzogen, die Großmutter gepflegt, auch eindeutig, keine Berufstätigkeit.
- Werden von zuhause Versicherungen gemakelt oder Werbekonzepte für Firmen erstellt, klare Berufstätigkeit.
- Werden außer Haus Wohltätigkeits-Konzerte oder täglich Lebensmittel-Ausgaben für Nicht-Sesshafte und andere Bedürftige organisiert, klar, keine Berufstätigkeit.

Die Fakten sprechen für sich, das Grübeln kann eingestellt werden, die Antwort ist eindeutig. Auch wenn häufig die ach so erfüllende Berufstätigkeit im Gegensatz zur Hausarbeit unterstrichen wird, nicht die Aufgabenstellung bzw. Tätigkeitsart, sondern Gehalts-Überweisungen oder Honorar-Rechnungen entscheiden, ob man/frau berufstätig ist.

Wer jedoch - wie der bekannte Bundespolitiker und Grünen-Chef Fritz Kuhn - die für das Familienleben zu erbringende Arbeit in die Kategorien: "**einer verdient, einer putzt**", aufteilt, um der sogenannten "**Hausfrauen-Ehe**" den Garaus zu machen, diskriminiert aufs größte die für das Zusammenleben wichtigen Aufgaben zwischen Kindererziehung und Haushaltsführung und gehört schnellstens von der politischen Ebene hinweg geputzt.

Dazu ein Zitat von ZEIT-Redakteurin Susanne Gaschke: „Familienpolitiker sollten aufhören, in etwas fahrlässiger Weise den Aberglauben zu propagieren, eine totale Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei sowohl mach- als auch wünschbar.“ Sie unterstreicht, dass Familie und Beruf sich fast gegenseitig ausschließen, da beide Sphären einen zu grundlegenden Anspruch für sich erheben. So ist es nicht verwunderlich, dass das am 8.4.09 in Berlin vorgestellte **„Generationen-Barometer“**, verdeutlicht, dass die elterliche Erziehung zwar hohen Anforderungen zu entsprechen habe, dass aber deren gesellschaftliche Anerkennung viel zu gering sei.

Aber bei den tonangebenden Politikern scheint für die Aufnahme dieser Fakten kein Hirnareal verfügbar zu sein. So forderte 2002 der Europäische Rat in Barcelona eine Intensivierung der Beschäftigungsstrategie, die sich in seinem Beschluss 578/2003 unter dem Titel „Gleichstellung der Geschlechter“ zum Ziel setzt, dass sich bis 2010 schon 60 % der 15-64 jährigen Frauen in einem Beschäftigungsverhältnis befinden sollen und 33 % der Kinder unter drei Jahren und 90 % der Kinder über drei Jahren außer Haus betreut werden. Das „Barcelona-Ziel“ ist aber nur zu erreichen, wenn die „traditionellen, familiären Strukturen und Rollenmuster“ aufgelöst werden. Dazu muss der Mensch selbst geändert werden, und zwar mit der Methode des so nebulösen Begriffs Gender Mainstreaming. (aus: Barbara Rosenkranz: MenschInnen, Gender Mainstreaming, Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen. Graz 2008).

Die Zielsetzung der Politik, dass durch politische Maßnahmen die **Beschäftigungsfähigkeit von Müttern an das Niveau ihrer kinderlosen Geschlechts-Genossinnen heranzuführen sei**, ist im Zusammenhang der hier verdeutlichten Aspekte als kontraproduktiv zu bezeichnen (siehe HFB, SPIEGEL Nr. 15, 2009). Wie kommen - sich demokratisch gebende - Politiker eigentlich zu einem solch diktatorischen Politikverständnis? Handeln sie nach der Devise: ‚In Freiheit gewählt ist eine gute Voraussetzung, um anschließend die eigene Ideologien, wie Menschen als Geschlechtswesen und als Familie zu leben haben, per Zwang umzusetzen? ‚Oh, was soll eine solche Kritik‘, werden viele Politiker brüskiert einbringen, - ‚wir wollen nur erweiterbare Wahlmöglichkeiten schaffen. Und um beim dummen oder unentschlossenen Volk nicht zuviel Entscheidungsunsicherheit entstehen zu lassen, werden die von uns favorisierten Lebensmodelle halt mit kräftigen Subventionen oder Prämien attraktiv gemacht‘.

Nein, solche Denkansätze und Handlungsweise stehen nicht nur eindeutig im Widerspruch zu unserer Verfassung, sondern sind auch ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte. Um aus diesem staatlichen ‚Ich schreibe Dir vor, wie zu leben hast‘ Dirigismus heraus zukommen ist stattdessen die durch Väter und Mütter zu erbringende Erziehungsleistung gezielt im Rahmen eines angemessenen Erziehungs-Geldes bzw. -Gehaltes mit entsprechenden Rentenansprüchen zu honorieren. Und schon hätten wir – zur Freude aller Statistiker – mit einem Schlag Millionen von Menschen ins Berufsleben integriert. Da müssten doch alle Politiker, welche sich seit Jahren sich für eine volle Berufstätigkeit der Frauen einsetzen, wahre Luftsprünge machen und auch die leidige Herdprämien-Diskussion hätte sich erübrigt.

Die Familie ist die ‚Erneuerungszelle der Gesellschaft in biologischer, moralischer und kultureller Hinsicht‘, so der Wiener Sozialethiker Johannes Messner. (In: Das naturrechtliche Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik, S. 578 – 580). Aber nicht ein äußerst sorgsamer Umgang mit diesem ‚Humankapital‘ wird hier deutlich, sondern Politiker und Unternehmer betrachten die Familie in der Regel als **unwirtschaftliches Abschreibe-Gut**, weil es nur koste und nichts bringe. Dieser folgenschwere Trugschluss offenbart ein beschränktes Verständnis von Produktions-Zusammenhängen.

Würde berücksichtigt, dass Familien durch die Erziehung nachwachsende Produzenten und Konsumenten ‚schaffen‘, müsste in diesen Bereich genauso investiert werden, wie in die Entwicklungs- oder Personalabteilungen von Betrieben. Denn neben preiswerten Rohstoffen oder gut funktionierenden Maschinen kommt den Menschen als ‚Human-Ressource‘ die

größte Bedeutung zu. Ob Produktion, Handel oder Dienstleistungen, die Existenz aller Unternehmen hängt von leistungsfähigen Menschen ab, einerseits als effektive Mitarbeiter und andererseits als zahlungsfähige Käufer.

Daher bitten Familien nicht um Almosen, sondern sind als Basis der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschlands so zu behandeln, wie im Geschäftsleben mit Kapitalgebern oder Ressourcen-Bereitstellern umgegangen wird: **zuvorkommend, Talente fördernd und auf Nachhaltigkeit achtend**. Kurz: Zukunftsorientierte Unternehmer und Politiker werden die Entwicklung der ‚Produktionsstätte Familien-GmbH‘ gut im Auge behalten und aus gesellschaftlichem Eigennutz optimal fördern wollen.

In auffallendem Kontrast zur Bedeutung der Familie steht jedoch der im öffentlichen Handeln ablesbare niedrige Stellenwert in einer markt- und erwerbszentrierten Gesellschaft. ‚Diese vernachlässigt weithin sträflich die Belange von Familien und Haushalten und geht mit dem familialen Leistungs-Potential eher ausbeuterisch als stärkend um‘, soweit Max Wingen seinem Buch: Familienpolitische Denkanstöße. (S. 18, zitiert nach Frauenrat NW und Familienbund NW S.10). Setzt hier kein Kurswechsel ein, geraten noch mehr Kinder mitsamt ihrer vielfältigen Bedürftigkeiten auf den **Verschiebebahnhof zwischen Geburts-Elternhaus, Fremdbetreuung und Selbstüberlassung** als Ausdruck der nonverbalen Kernaussage: **‚Du bist mir nicht so wichtig‘!** Aber ein Kinderlächeln lässt sich nicht in Gold aufwiegen und es gibt auch keine zweite Chance für originäre Beziehungszeiten mit dem eigenen Nachwuchs.

Copyright: Dr. Albert Wunsch, 41470 Neuss, Im Hawisch 17

Zur Person des Verfassers:

Albert Wunsch ist Diplom Sozialpädagoge, Kunst- und Werklehrer, Diplom Pädagoge, Psychologe und promovierter Erziehungswissenschaftler. Er arbeitet in eigener Praxis als Paar-, Erziehungs- und Konfliktberater sowie als Supervisor und Coach (DGSv). Über viele Jahre leitete er das Katholische Jugendamt in Neuss. Seit 2004 ist er an der Katholischen Hochschule NRW in Köln tätig. Außerdem hat er Lehraufträge an der Philosophischen Fakultät der Uni-Düsseldorf und an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar. Er ist Vater von zwei erwachsenen Söhnen (3 Enkelkinder) sowie Autor der Erfolgsbücher: **Die Verwöhnungsfälle** (mittlerweile auch in Korea und China erschienen) und **Abschied von der Spaßpädagogik** sowie zahlreicher Fach-Publikationen. Weitere Infos: www.albert-wunsch.de